

Amt ohne Titel

Annette Schavan sollte gegen den Verlust ihres Dokortitels klagen – Ministerin sein kann sie aber vorerst nicht mehr. Von Matthias Geis

Als Karl-Theodor zu Guttenberg mit seiner Doktorarbeit in die Bredouille geriet, stützte ihn die Bundeskanzlerin mit einem schönen Satz: Sie habe keinen wissenschaftlichen Mitarbeiter, sondern einen Verteidigungsminister ins Kabinett berufen.

Wie prekär es um Annette Schavans politische Zukunft steht, wird klar, wenn man Merkels *flapsige Verteidigung nun auf ihre Vertraute anwendet: als wissenschaftliche Mitarbeiterin ungeeignet, aber als Bundesbildungsministerin top? Nein, mit der Aberkennung ihres Doktorgrades dürfte Annette Schavan als oberste politische Repräsentantin des deutschen Wissenschaftssystems nicht länger zu halten sein. Man muss ihren Rücktritt nicht fordern, man möchte es auch nicht wirklich, weil so manches am Verfahren gegen sie unstimmig scheint und weil ihre Verfehlungen denen Guttenbergs doch um einiges nachstehen. Ihr Rücktritt ergibt sich auch nicht aus Forderungen von außen oder vonseiten der Opposition, er ergibt sich als zwingende Konsequenz aus der Entscheidung der Universität Düsseldorf. Er ist, so hart das klingen mag, eine Frage der politischen Logik.

Denn Annette Schavan ist jetzt befangen**. Wie sollte sie künftig mit Autorität ihr Amt ausfüllen, wissenschaftspolitische Entscheidungen treffen oder überzeugend vor Studenten auftreten, wenn die Universität, an der sie selbst einst studierte, nun ihren Abschluss kassiert? Eine Politikerin, der nicht nur fehlerhaftes wissenschaftliches Arbeiten, sondern systematische und vorsätzliche Täuschung attestiert wird, kann nicht länger über die Bedingungen entscheiden, unter denen hierzulande Wissenschaft betrieben wird. Man möchte der Ministerin raten, gar nicht erst zu probieren, ihr Ministeramt zu retten. Es wäre nur ein äußerst trister Versuch politischer Selbstbehauptung, der am Ende doch misslingen müsste.

Man kann ihr nicht mehr helfen, ohne der Wissenschaft zu schaden

Die Opposition hat sich in den vergangenen Wochen mit Rücktrittsforderungen zurückgehalten. Weniger zurückhaltend waren Spitzenvertreter führender Wissenschaftsorganisationen, die der Düsseldorfer Universität über Wochen Sorgfalt und Sachverstand absprachen. Es fiel schwer, diese Serie massiver Interventionen nicht als koordinierte Kampagne zu begreifen. Und auch die Argumente erschienen zweifelhaft. Um die Ministerin zu entlasten, musste der Eindruck erweckt werden, als hätten früher im Fach Pädagogik mindere wissenschaftliche Standards gegolten. Solche, an denen gemessen auch Schavans Arbeitsweise bestehen konnte. Und so ist zwar nicht der Grad des Fehlverhaltens dem im Fall Guttenberg vergleichbar, wohl

aber die Logik der Verteidigung: Man kann ihr nicht helfen, ohne zugleich der Wissenschaft zu schaden.

Bleibt nun zu hoffen, dass nicht Trotz oder Empörung über Schavans Verteidiger bei der harten Düsseldorfer Entscheidung eine Rolle gespielt haben. Denn auch die Universität hat sich im Verlauf des Verfahrens nicht gerade souverän präsentiert. Seit die Schlüsselpassagen des belastenden Gutachtens, das der Ministerin "leitende Täuschungsabsicht" bescheinigte, zuerst in der Presse veröffentlicht wurden, waren Zweifel an der Verfahrensweise der Uni angebracht. Umso unverständlicher erscheint es, dass die Prüfer jetzt ihren folgenschweren Beschluss treffen konnten, ohne weitere Gutachter heranzuziehen. Erst damit hätte die Universität sich gegen Kritik einigermaßen gewappnet.

Es kommt nicht überraschend, dass Annette Schavan gegen die Entscheidung klagen wird. Schon ihre Äußerungen aus den letzten Wochen, ihr kämpferischer Impetus, aber auch die Einschätzung, bei den Defiziten ihrer Arbeit handele es sich allenfalls um Flüchtigkeitsfehler, haben gezeigt, dass sie es bei der jetzt getroffenen Entscheidung nicht bewenden lassen wird. Wie sollte sie auch, bedenkt man, dass sie mit der Aberkennung des Doktorgrades nun ohne jeden wissenschaftlichen Abschluss dasteht. Über den Verlust des Amtes hinaus hat die Entscheidung für Schavan beinahe existenzielle Bedeutung. Es geht für sie nicht nur um Amt und Titel, sondern um ihre berufliche Integrität.

Um Titel und Integrität kann sie vor Gericht kämpfen, um das Amt nicht. Denn man kann sich schlechterdings nicht vorstellen, dass eine amtierende Bildungsministerin in eigener Sache gegen eine Universität aus ihrem Wirkungsbereich Klage führt. Annette Schavan hat jedes Recht, mit juristischen Mitteln ihre Promotion zu retten, nur eben nicht als Ministerin. Auch wenn der Ausgang eines Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht offen ist, muss sie unabhängig vom Ausgang schon jetzt die politischen Konsequenzen ziehen.

Das ist bitter. Doch nicht einmal die Loyalität der Kanzlerin könnte Annette Schavan vor diesem Schritt bewahren – wenn denn die Loyalität so weit gehen sollte, sie im Amt halten zu wollen. Denn es ist ja auch noch Wahljahr, ein Wahljahr, das für Merkel denkbar schlecht beginnt. Mit der Niederlage in Niedersachsen jedenfalls haben sich die Chancen für ein Durchhaltenmanöver noch einmal drastisch reduziert.

Wenn die Kanzlerin ihrer Ministerin wohlgesinnt ist, zieht sie sie jetzt zurück. Nach Abschluss des Verfahrens im Herbst kann sie ihre Vertraute sogar wieder ins Amt berufen. Vorausgesetzt, Annette Schavan gewinnt den Rechtsstreit um ihren Titel. Und Angela Merkel die Bundestagswahl.

Die Eurogegner der Alternative für Deutschland Bürger-Protest

Beitrag von Klaus-Peter Schöppner

Bei der Bundestagswahl könnte der Protest bürgerlich statt piratisch ausfallen. Die AfD hat aus mehreren Gründen gute Chancen, die Fünf-Prozent-Hürde zu knacken.

Im Grunde schreit der Zeitgeist geradezu nach einer „Alternative für Deutschland“. Nach einer Partei, die als Alternative zur EU, zum Euro gilt: Mehr als die Hälfte der Deutschen ist – nach Zypern wieder verstärkt – über die Euro-Krise besorgt. Fast 90 Prozent fordern einen höheren Beitrag der Schuldenländer. 46 Prozent der Deutschen glauben laut Emnid, uns würde es ohne Europäische Union besser gehen, fast ebenso viele wollen zurück zur DM. 50 Prozent machen sich über die Stabilität des Euro Sorgen – und fast 70 Prozent sind erzürnt, dass Deutschland, vor allem die Kanzlerin, trotz der geleisteten finanziellen Unterstützung von den Neumarktionären beschimpft wird.

Der Nährboden ist also gelegt – und dennoch wählen nach dem Wirbel um ihren Gründungsparteitag nur zwei bis drei Prozent die Anti-Euro-Partei „Alternative für Deutschland“. Obwohl die Neuen bürgerlich daherkommen, voll von professionellem Wissen sind – und nicht klamaukartig*, sondern engagiert ihre Sache vertreten.

Merkel unangefochten

Schon seltsam: Trotz Kritik und Sorge gibt es in Deutschland keine lauthalsen Proteste, keinen Aufruhr, kaum intensive Kritik am Euro-Kurs der Regierung, bislang nur wenige Wähler der AfD. Warum?

Erstens: Weil es uns gut geht! Während um uns herum viele EU-Nationen wenig Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit und überbordende Schulden aufweisen, ist Deutschland das Wirtschaftswunderland – sogar an der Lohnfront tut sich nach starren Jahren wieder Hochprozentiges.

Zweitens und wichtiger: Eine große Mehrheit stellt der Kanzlerin ein gutes Zeugnis für Krisenmanagement aus, obwohl – und das ist entscheidend – 81 Prozent keinerlei Vorstellungen davon haben, wie die Euro-Krise für Deutschland zu meistern sei. Kein politisches Sorgenthema ist derzeit komplexer, undurchsichtiger, schwieriger zu verstehen: Also haben Kompetenz und Argument eine nur geringere Bedeutung, Kümern und Vertrauen dagegen eine große: Verstehen die Bürger die Politik nicht mehr, heißt es, auf Vertrauen zu bauen.

Statt „wir haben verstanden“ wählen die Bürger Glaubwürdigkeit und Sachlichkeit. Also die Kanzlerin, die sich diese Attribute als wichtigste Europa-Bestimmerin und Wahrerin deutscher Interessen redlich erworben hat. Weil sie sich so intensiv für den Euro-Erhalt ausspricht, sind auch 75 Prozent der Deutschen dafür, 70 Prozent halten unsere EU-Mitgliedschaft weiterhin für eine „gute Sache“. Und gleich drei von vier Deutschen fänden es schlecht, würden wir die EU verlassen.

Trumpf: die Protestwähler

Solange die AfD Ein-Thema-Partei bleibt, das Wogegen statt Wofür thematisiert und sich noch kein Vertrauen erarbeitet hat, ist sie bei der Bundestagswahl im September chancenlos. Oder doch nicht? Sind die Sorgenfalten der etablierten Parteien berechtigt?

Immerhin hat die AfD auf den ersten Blick ein riesiges Wählerpotenzial: Jeder Vierte könnte sich derzeit vorstellen, die Anti-Euro-Partei zu wählen. Etwas weniger als vor Jahresfrist die Piraten. Die Tabuisierung jeglicher Euro-Kritik erzürnt also viele.

Allerdings: Potenzial ist nicht gleich Wähler! Wahlforscher wissen, dass gerade bei neuen Parteien selbst unter günstigsten Konstellationen höchstens ein Viertel der Interessierten die AfD wählt, wenn sie genügend Medienwirbel entfacht, eine charismatische Persönlichkeit für sie talkt, Vertrauen aufbaut, klar macht, was man von ihr erwarten kann – und eine kampagnenfähige Wahlkampfmannschaft aufbaut. Noch ist nichts davon Realität. Die AfD ist eher Bürgerinitiative denn Partei. Eine, deren Unabgeneigte allerdings deutlich häufiger die DM wieder haben wollen und viel stärker von den Euro-Nachteilen für Deutschland überzeugt sind.

Und dennoch besitzt sie am 22. September möglicherweise einen großen Trumpf: den Protestwähler! Diesmal könnte die AfD – wie zuletzt die Piraten – zum Sammelbecken der Politfrustrierten werden. Bei jeder Wahl nämlich sucht sich eine Gruppe völlig unideologischer Wahlvagabunden die Partei, die den größten Hype entfacht, am konträrtesten zu den Etablierten steht, die Großen am stärksten irritiert. Egal, ob ganz rechts wie NPD oder DVU, links wie die Linke, unspezifisch wie die Piraten oder eben Anti-Euro-Sammelbecken wie die AfD. Diesmal könnte der Protest nicht piratisch-spektakulär, sondern übertrieben bürgerlich ausfallen!

Denn die AfD-Unterstützer rekrutieren sich aus allen gesellschaftlichen Schichten: aus West und aus Ost, etwa gleich vielen Männern und Frauen, trotz ihrer intellektuellen Leitfiguren eher aus dem Lager bildungsferner Schichten, dafür viel stärker aus den finanziell voll belasteten mittleren Altersjahrgängen.

Fünf Prozent sind möglich

Die „neuen Alternativen“ haben Einzugschancen, wenn sie sich aus zwei Quellen nähren können: zum einen aus den euro-kritischen Teilen von Union-, SPD-, Grünen- und FDP-Wählern von 2009. Sogar 49 Prozent der damaligen Linkswähler gehören zum AfD-Potenzial. Dies nicht, weil die neuen Anhänger im Grunde „links“ stehen, sondern weil der Protest damals die Linke wählte.

Zweite Quelle ist das große Potenzial der Nichtwähler: Gleich 31 Prozent der ca. 22 Millionen Nichtwahlgänger gehören zum weitesten Kreis der AfD-Interessenten. Doren Anhänger sind also weder Linke noch Nationale noch Rechtskonservative: Sie sind ein buntes Gesprenge! völlig unterschiedlicher Politmilieus, die sich vor allem über unsere Euro-Geberrolle ärgern.

Die Kombination aus überzeugten Anti-Euroristen mit der Chance, diesmal „Modopartei“ für Protestwähler zu werden, bildet in der Tat eine chancenreiche Mixtur, die Fünf-Prozent-Marge zu knacken.

THE EUROPEAN, 2. Mai 2013

(<http://www.theeuropean.de/klaus-peter-schoepfner/6823-das-potenzial-der-alternative-fuer-deutschland>)

*klamaukartig, de Klamauk (der) : chahut, raffut, tapage / ein buntes Gesprenge! : joyeux mélange, rassemblement hétéroclite

Darf man Hausfrau sein?

Pro: Hausfrauen sind Rebellinnen – und schuften für unsere Zukunft

Sabine Rückert

Wahrscheinlich hat eine Frau, die es – kinderlos oder mit einem Kind – an die Spitze eines Unternehmens schafft, auch das Zeug zur fünffachen Mutter und erfolgreichen Hausfrau. Vielleicht steckt in jeder Karrierefrau ihre unsichtbare Zwillingschwester, die Hausfrau, die sie auch hätte sein können und deren Möglichkeit sie immer ein bisschen schmerzlich mitdenkt: Was wäre, wenn ich jetzt nicht in dieser Konferenz säße, sondern daheim, im Kreise vieler Kinder?

Die bürgerliche Hausfrau war über Jahrhunderte eine machtvolle Person. Sie herrschte über das Haus, also einen richtigen Betrieb, zu dem zahllose Söhne und Töchter und oft auch Angestellte gehörten. Sie war Wirtschaftlerin – Ökonomie bedeutet Haushalt. Die Tischreden des Reformators Martin Luther illustrieren, wie der Alltag seiner Frau Katharina von Bora aussah: Sie braute Bier, buk Brot, hielt das Vieh, kommandierte das Gesinde und fütterte sechs Kinder. Und um ihren Mittagstisch saßen ungefähr zwanzig Personen – täglich.

Noch bis vor hundert Jahren war die bürgerliche Hausfrau eine Chefin. Ihr Lebensmittelpunkt war die Küche, in der sie sich mit einer Innigkeit der Zubereitung von Speisen widmete, die heute im Zeitalter der Tiefkühlpizza unvorstellbar ist. Sie war Schneiderin, die ihren Kindern Hosen und Kleider nähte und flickte, sie war Wäscherin und Bäuerin. Sie war Krankenschwester der alten Eltern. Und sie war Lehrerin einer von ihr selbst geborenen kleinen Schulklasse. Sie war das Zentrum einer Sippe. All die Aufgaben, die heute an den Kindergarten, die Schule, an H&M, das Schnellrestaurant, das Altenheim und den Fernseher delegiert werden, lagen früher in der Verantwortung der Hausfrau.

Heute ist die Rolle der Hausfrau eine Wahlmöglichkeit für die Frau der Mittel- und Oberschicht, deren ökonomische Verhältnisse in Ordnung sind und deren Familie stabil ist. Knapp sechs Millionen deutsche Frauen im erwerbsfähigen Alter sind zu Hause. Und es kommt drauf an, was sie draus machen. Eine Hausfrau, die zwischen Spülmaschine und vollautomatischem Wäschetrockner im Eigenheim sitzt und auf ein einsames Kind aufpasst, ist

bloß mehr ein Ausläufer jener großen Frauenrolle. Dann gibt es noch die Hausfrau, die an einem Gutverdiener hängt und ihr Leben beim Friseur verplempert* – nachdem sie das Kind im Ganztagskindergarten abgegeben hat. Auch von ihr muss hier nicht die Rede sein.

Hausfrau kann heute ein ganz und gar politisch nicht korrekter Lebensentwurf sein, ein Widerstand gegen alle Aufdringlichkeiten des Zeitgeists. Die bewusste Hausfrau ist eine Rebellin gegen die Zwänge des Marktes. Sie macht nicht mit beim großen Rattenrennen. Sie ist nicht immer mobil und erreichbar. Sie sitzt am Sandkasten und schaut den Kleinkindern beim Schaufeln zu. Sie hat, was Kinder zum Großwerden brauchen: Zeit. Zeit zum Spaziergehen, zum Plätzchenbacken, zum Basteln, zum Vorlesen. Sie ist eine Entschleunigungsfigur von einer fast philosophischen Dimension.

Eine Hausfrau aus Überzeugung ignoriert die ökonomische Forderung: »Wir haben Bildung in dich reingesteckt, jetzt musst du dich amortisieren.« Dabei liegt ihre Ausbildung nicht brach, sondern fließt in die Erziehung der Kinder, denen sie eine Gesprächspartnerin und ein Beistand bis zum Abitur sein kann. Die Hausfrau ist eine merkwürdig altruistische Erscheinung in einer Welt von Egomaneen, sie arbeitet nicht an ihrer Selbstoptimierung, sondern am Wohlergehen anderer, Schwächerer. An der Stabilität von Bindungen in einer Zeit der Unverbindlichkeit: Hausfrauen hüten die Kinder, eigene und fremde. Sie pflegen hinfällige Verwandte. Sie helfen Nachbarn, geben Flüchtlingen Nachhilfe, engagieren sich bei Kirchen, machen Besuche bei Menschen, die niemand besucht. Wer sonst würde das freiwillig und unentgeltlich tun?

Es ist nicht unbedingt ein Spaß, Hausfrau zu sein. Ihre Arbeit wird nicht wertgeschätzt. Im Gegenteil, die Hausfrau wird öffentlich angefeindet und steht unter dem Druck, ihre eigene Biografie dauernd rechtfertigen zu müssen. Dabei arbeiten auch die Hausfrauen an der Zukunft der Gesellschaft. In aller Stille eben. Sie halten die Dinge zusammen und sorgen für eine Atmosphäre, in die man heimkehren kann.

Deutschland zählt sich klein

Weniger Einwohner, weniger Ausländer, mehr Wohnungen: Deutschland hat Inventur gemacht. Die Ergebnisse haben weitreichende Konsequenzen. von Paul Wrusch

BERLIN taz | Eine Warnung am Anfang: Jetzt wird's zahlenlastig! Prozente, absolute Werte, anteilige Veränderungen – eine volle Ladung Statistik.

Deutschland hat Inventur gemacht. Wer sind wir, wie viele, und wie wohnen und leben wir? Ein Drittel der Bevölkerung wurde schriftlich oder mündlich befragt, 80.000 Interviewer waren unterwegs, zwei Jahre wurde ausgewertet, über 700 Millionen Euro kostete der Zensus. Die Ergebnisse sind zum Teil interessant und können weitreichende Konsequenzen haben.

Den Damen und Herren des Statistischen Bundesamts war der Stolz anzumerken, als sie am Freitag die ersten Ergebnisse des Zensus 2011 in Berlin vorgestellten. Die wichtigste Erkenntnis: Deutschland hat viel weniger Einwohner als bislang angenommen. Zum Stichtag, dem 9. Mai 2011, lebten 80,2 Millionen Menschen hier – 1,5 Millionen weniger als angenommen.

Das überrascht die Statistiker nicht. Die bisherigen Angaben beruhen auf den Volkszählungen von 1987 (BRD) und 1981 (DDR). Seitdem wurden die Einwohnerzahlen kontinuierlich aktualisiert mit Hilfe von Daten zu Geburten, Todesfällen und Ummeldungen. „Meldet man sich bei einem Umzug nicht ab, hat man keine Nachteile“, so Gert Wagner, Vorsitzender der Zensuskommission, zur taz.

Von den 1,5 Millionen Menschen, die Deutschland laut Zensus verloren hat, geht ein Großteil auf Ausländer zurück. Statt – wie bisher angenommen – 7,3 Millionen Einwohner ohne deutschen Pass leben hier nur 6,2 Millionen. „Besonders Menschen aus Ländern außerhalb der EU haben einen Anreiz, sich nicht abzumelden, wenn sie in ihr Heimatland zurückkehren, aber vielleicht einmal wiederkommen wollen. Ohne Abmeldung behalten sie ihr Aufenthaltsrecht“, erklärte Wagner.

Finanzielle Konsequenzen für Länder und Kommunen

Neben Menschen mit ausländischem Pass wurde auch die Zahl der Einwohner mit Migrationshintergrund ermittelt. Demnach leben in Deutschland 15 Millionen Menschen (18,9 Prozent), die selbst oder deren Eltern nach 1955 einwandert sind. Hamburg, Bremen und Baden-Württemberg liegen an der Spitze mit je rund 25 Prozent, das Schlusslicht bilden die ostdeutschen Ländern außer Berlin mit weniger als 5 Prozent.

Für manche Kommunen und Länder kann dieser Bevölkerungsschwund finanzielle Konsequenzen haben – denn die Finanzausgleiche werden pro Kopf berechnet. Wer also überproportional verloren hat – wie Berlin und Hamburg – muss ums Geld fürchten. Neue Verteilungskämpfe werden beginnen. Das betrifft auch die Kommunen, die über den Finanzausgleich Geld zugeteilt bekommen. Städte wie Aachen, Mannheim und Freiburg werden – weil sie die größte Einwohnerdifferenz haben – künftig weniger erhalten.

Die Zensusdaten können auch politische Konsequenzen haben. Zwar wird sich an der Sitzverteilung im Bundesrat nichts ändern. Allerdings können einzelne Wahlbezirke künftig anders zugeschnitten werden. Manche Oberbürgermeister können degradiert werden. In einigen Gemeinden etwa in Bayern und Thüringen können gar Feiertage wegfallen, die nur dort gelten, wo es eine überwiegend katholische Bevölkerung gibt.

Kritik von Datenschützern

Die Frage nach der religiösen Weltanschauung war im Vorfeld bereits umstritten. „Das war von der Europäischen Kommission nicht vorgegeben. Der Gesetzgeber ist den Interessensbekundungen der Kirchen aber trotz meiner Bedenken gefolgt“, sagte der Bundesbeauftragte für Datenschutz, Peter Schaar, der taz.

Während die Angaben zur rechtlichen Mitgliedschaft einer Religionsgemeinschaft im Zensus Pflicht war, konnte die Beantwortung der Frage nach Religion oder Weltanschauung verweigert werden. Da 17 Prozent der Befragten dies taten, sind die Daten zur Glaubensrichtung nicht repräsentativ. Zwei Drittel bekannten sich zum Christentum, 10 Prozent gaben an, keiner Glaubensrichtung anzugehören. Nur 2 Prozent zählten sich dem Islam angehörig. Der tatsächliche Anteil soll höher sein.

Statistisch gesichert ist dagegen die Erkenntnis zum Wohnraum: Laut Zensus gibt es in Deutschland 41,3 Millionen Wohnungen, 500.000 mehr als angenommen. Der Großteil wird von Mietern genutzt. Besonders in Berlin (16 Prozent) und Hamburg (24 Prozent) ist der Anteil der Wohneigentümer gering. Im Schnitt stehen 4,4 Prozent des Wohnraums leer. Besonders wenig Leerstand gibt es in Hamburg (1,5 Prozent), viel dagegen in Sachsen (10 Prozent).

Im Gegensatz zu den 1980er Jahren, als der Widerstand gegen die Volkszählung in Westdeutschland groß war, regte sich im Vorfeld des Zensus 2011 kaum Protest. Im Promillebereich lag die Zahl derjenigen, die sich der Beantwortung der Fragebögen verweigerten. Datenschützer Schaar erklärt sich das über geänderte gesellschaftliche Verhältnisse. „Damals war der Staat nicht zimperlich. Viele hatten den Eindruck, mit der Volkszählung werde der Überwachungsstaat vorbereitet“, sagte er der taz. Heute gäben etliche Menschen im Netz vieles von sich aus preis.

Die Zensusdaten dürfen vier Jahre gespeichert werden. So lange können sie einzelnen Personen zugeordnet werden. Für Schaar ist diese Frist zu lang. „Ich werde auf eine rasche Löschung der Daten drängen.“

Noch sind nicht alle Daten ausgewertet. Der Termin für den nächsten Zensus steht aber bereits. 2021 wird Deutschland erneut durchgezählt – denn so will es die Europäische Union.

Dieses verdamnte Schloss

Von Tobias Rapp

Es war ein wenig in Vergessenheit geraten zwischen Stuttgart 21, der Hamburger Elbphilharmonie und dem Hauptstadtflughafen: das Berliner Stadtschloss.

Am Mittwoch soll nun die Grundsteinlegung gefeiert werden.

Wie schlecht der Ruf solcher Projekte ist, lässt sich an den Unstimmigkeiten ablesen, die es im Vorfeld zwischen Kanzleramt und Präsidialamt gab. Man war sich uneins darüber, wer die Zeremonie besuchen muss. Keiner wollte.

Angela Merkel setzte sich schließlich durch: Joachim Gauck muss hin. Er wird dort aber keine Rede halten und nur kurz auf den Grundstein klopfen. Die Kanzlerin besucht währenddessen eine Veranstaltung von Wasser- und Energiewirtschaftslobbyisten. Die Botschaft ist klar: Lasst mich bloß mit diesem verdamnten Schloss in Ruhe, dieses Jahr wird gewählt.

Es wird überhaupt keine großen Reden geben, stattdessen eine Podiumsdiskussion mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD), dem Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU) und dem Kulturstatsminister Bernd Neumann (CDU). Sie wird auf dem Polit-Spartenkanal Phoenix übertragen. Dann hupen ein paar Fanfaren von den Baukränen herunter.

Fast 20 Jahre lang wurde über die Rekonstruktion des Stadtschlusses mit einer Leidenschaft gestritten, als ginge es um die Zukunft des Landes. Die Aufregung schien angemessen zu sein, schließlich drehte sich der Streit um den letzten großen Bau in der historischen Mitte, um den symbolischen Abschluss der Wiedervereinigung. Das ist also übrig geblieben: eine Stunde auf Phoenix, am Mittwochmittag zwischen 13 und 14 Uhr. Ohne Kanzlerin.

Tatsächlich haben der Stuttgarter Bahnhof, die Hamburger Konzerthalle und der Hauptstadtflughafen, so umstritten sie sind, immerhin eine klare Funktion. Im Fall des Stadtschlusses lässt sich schon die einfachste Frage nicht beantworten: Was soll dieses Gebäude eigentlich?

Das sogenannte Humboldt-Forum wird einziehen, wenn der Bau fertig ist. Ein Museums- und Wissenschaftszentrum, für das sich die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Humboldt-Universität und die Zentral- und Landesbibliothek Berlin zusammengeschlossen haben. Aber wenn man ein

Museum will, warum wird dann kein Museum gebaut? Warum ein Schloss, knapp hundert Jahre nach dem Ende der Monarchie?

Wobei nicht einmal klar ist, ob das neue Schloss am Ende überhaupt aussehen wird wie das alte. In seinen Ausmaßen wird es ihm in etwa entsprechen, allerdings werden sich nur drei Gebäudeseiten an der historischen Fassade orientieren, die Ostseite soll modern gestaltet werden. Und wie die historischen Fassaden dann tatsächlich aussehen werden, weiß auch noch niemand. Ihr Schmuck soll über Spenden finanziert werden, aber nur ein Bruchteil des Geldes ist bisher da. Dabei wird schon das Fundament gegossen.

Kein Wunder, dass dieses Gebäude der Kanzlerin peinlich ist.

In der Diskussion um das Stadtschloss ist schiefgegangen, was schiefgehen kann. Es gab Streit um Fassaden, wo man zuerst über die Nutzung hätte nachdenken müssen.

Egal, ob es die Befürworter der Schloss-Rekonstruktion waren, jene meist älteren Herren, die sich noch an die Sprengung durch Walter Ulbricht erinnern konnten, oder die Schloss-Gegner, die Ost-Rentner, die dem Westen den Abriss des Republikpalastes nicht verzeihen wollten, oder die jungen Kreativen, die ihre Ruinen behalten wollten - statt über die Zukunft wurde über die Vergangenheit geredet.

Der Resonanzraum aber, in dem Begriffe wie "Preußen" oder "DDR" in den Neunzigern noch einen gewissen Klang entfalten konnten, bedrohlich oder verführerisch, ist geschrumpft. Das Gefühl, in einer nationalen Kultur verwurzelt zu sein, wird in Zeiten von Billigfliegern und Internet schwächer. Und die Neu-Berliner, die aus der ganzen Welt in die deutsche Hauptstadt ziehen, werden von einem Bild angezogen, das unpreußischer kaum sein kann: Für sie ist Berlin eine Stadt der Freiheit, der Brüche und Lücken. Eine davon wird nun geschlossen. Berlin wird damit leben können. Wie mit all den anderen Großprojekten seit der Wende: Potsdamer Platz, Friedrichstraße, Leipziger Platz, Alexanderplatz.

Es wäre nur schön, wenn sich über ein Großprojekt einmal etwas anderes sagen lassen könnte als: Es hätte noch schlimmer kommen können.

Hingehen statt abmelden

In Berlin versuchen Eltern, die Flucht der Deutschen aus Schulen mit hohem Migrantenanteil aufzuhalten.

Markus Deggerich

Als sie Grundschuldirektorin in Berlin-Neukölln wurde, konnte Brigitte Unger perfekte Bedingungen aufbauen. Es gab sanierte, helle Räume, es gab motivierte, gutausgebildete Kollegen, Klassen mit höchstens 22 Kindern, individuelle Förderung und ein breites Rahmenprogramm von der Theater AG bis zur Schülerzeitung "Karlchen". Kreide hat an der Karlsgarten-Grundschule ausgedient, weil die Kinder mittels "Smartboards" genannter elektronischer Tafeln unterrichtet werden.

Trotzdem fühlte sich Unger jeden Herbst aufs Neue ernüchtert: wenn sie die Namenslisten jener Vorschulkinder erhielt, die in ihrem Einzugsgebiet wohnen und sich zum nächsten Schuljahr anmelden mussten. "Die Hälfte wird nicht kommen", wusste Unger. Und es war immer die Hälfte mit deutschen Namen. Denn die Karlsgarten-Grundschule liegt in einem sogenannten Brennpunktviertel mit sehr hohem Migrantenanteil.

Einwandererkinder haben es in Deutschland nicht leicht, das haben internationale Vergleichsstudien über die Grundschulbildung vorige Woche erneut bestätigt. Zwar konnten Schüler mit Migrationshintergrund in den vergangenen Jahren deutlich aufholen. Bildungsnahe Eltern sind davon jedoch nicht überzeugt; sie melden ihre Kinder lieber woanders an.

In Berlin hat sich nun eine ebenso kleine wie ungewöhnliche Gegenbewegung entwickelt: Eltern deutscher Herkunft schicken ihre Kinder gezielt auf Schulen mit hohem Migrantenanteil, sie entscheiden sich bewusst für ihren Kiez*, um dort die soziale Entmischung zu stoppen. Ist das nun Leichtsinn politisch korrekter Eltern auf Kosten ihrer Kinder - oder ein idealistisches Leuchtturmprojekt?

Tatjana Thierbach kann über diese Frage nur lachen. "Unser Kiez ist besser als sein Ruf", sagt sie. Zusammen mit Sohn Hugo hat sie sich den Unterricht in der Karl-Weise-Schule in Neukölln angesehen und war begeistert: Es gebe gute Lehrer, ein überzeugendes pädagogisches Konzept, lernwillige Kinder. Im Sommer wird Hugo dort eingeschult. "Es ist Unsinn zu glauben, dort werde nur Kanakendeutsch gesprochen", sagt Thierbach: "Man spricht Deutsch."

Die junge Mutter will bewusst beitragen zu Schulen "mit gesunden, interessanten Mischungen". Natürlich kenne sie verwahrloste, bildungsferne Kinder, sagt Tatjana Thierbach, "aber die kommen doch genauso aus der deutschen Wohlstandsschicht." Damit sich Hugo nicht zu einsam fühlt, sollen auch andere Kinder aus deutschen

Familien in seine Klasse kommen, zum Beispiel Ylva, seine beste Freundin. Deren Mutter Petra Lafrenz hat die Bewegung "Kiezscheule für alle" mit ins Leben gerufen, in der inzwischen 40 Eltern engagiert sind.

Die meisten Erwachsenen und Kinder der Initiative kennen sich schon aus der Kindergartenzeit, der Musikschule oder dem Sportverein. Das erleichtert die Absprache, den Weg in die sogenannte Brennpunkt-Schule dann auch gemeinsam zu gehen.

Denn Herausforderungen gibt es nicht nur für die wenigen deutschstämmigen Kinder pro Klasse, sondern auch für ihre Eltern. Viele von ihnen versuchen, den Unterricht mit eigenen Aktionen zu begleiten. Sie organisieren Töpferkurse, Sport-AGs; vor allem aber gehen sie in Kindergärten und Vereine, um für ihre Kiezscheule zu werben und noch mehr Eltern zum Mitmachen zu bringen. "Etliche Vorurteile halten dem Realitätstest nicht stand", sagt Thierbach.

Die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan von der Berliner Humboldt-Universität beklagt ebenfalls ein Zerrbild: "Vielen ist nicht bewusst, dass sich unter Menschen mit Migrationshintergrund längst auch eine bildungshungrige Mittelschicht gebildet hat", sagt sie.

Um Eltern die Angst zu nehmen, dass ihr Kind am Ende die Integrationslast allein tragen soll, setzt die Kiezscheulen-Bewegung auf Gruppenanmeldungen. Kinder und Eltern dürfen außerdem schon vor der Einschulung im Unterricht hospitieren und zum Beispiel an Theaterworkshops teilnehmen. So können sie sich vom Sprachniveau der Mitschüler überzeugen und gegenseitig beschnuppern**.

Stadtweit hält sich der Erfolg der Initiative zwar noch in Grenzen. Allein der Bezirk Neukölln verliert jedes Jahr 300 deutschstämmige Schüler, weil deren Eltern zur Einschulung ihrer Kinder lieber in bessere Viertel ziehen, Privatschulen bevorzugen oder andere Wege finden, den Brennpunktschulen zu entkommen.

Zumindest an der Karlsgarten-Schule haben sich die Verhältnisse jedoch bereits verändert. Vor vier Jahren wurden dort nur zwei Kinder mit deutschem Vater und deutscher Mutter zum Unterricht angemeldet. In diesem Jahr waren es schon 18 von insgesamt 120 Schülern.

Das Experiment sei gelungen, davon ist Direktorin Unger überzeugt. Dass Migrantenkinder in der Mehrheit sind, habe den deutschstämmigen Schülern nicht geschadet, sagt sie: "Sie entwickeln sich normal."

NEGER

HOMESTORY Ein hässliches Wort verfolgt mich seit meiner Kindheit. Warum es richtig ist, dass Verlage es aus ihren Kinderbüchern entfernen

Vor ein paar Wochen kehrte ein Gefühl zurück, das ich schon fast vergessen hatte. Ich kenne das Gefühl aus meiner Kindheit, es hat damit zu tun, dass mich andere gern "Neger" nannten.

Als Kind war ich oft ein "Neger". Das war so in Kiel, Anfang der neunziger Jahre, als ich in die Grundschule ging. Wenn ein Junge auf dem Spielplatz seine Mutter am Ärmel zog, auf mich zeigte und sagte: "Guck mal, Mama, ein Neger!" Wenn ein Kind Geburtstag feierte und es "Negerküsse" gab. Wenn ich im Schwimmbad tauchte und das Wasser von meinen Locken perlte: "Bei den Negern werden ja nicht mal die Haare nass."

Meine Mutter ist Deutsche, mein Vater Senegalese. Ich sah anders aus, und das ließen mich die Kinder wissen. In erster Linie hatte ich das wohl ihrer Erziehung zu verdanken. Aber irgendwie verdankte ich es auch Astrid Lindgren, Otfried Preußler, jenen Kinderbuchautoren, die meinen Spielkameraden dieses Wort in den Kopf gesetzt hatten: Bei "Pippi Langstrumpf" gab es "Neger", in der "Kleinen Hexe" "Negerlein", den "Mohren" beim "Struwwelpeter". Wer das las, dachte logischerweise, es sei nichts dabei, mich auch so zu nennen. Ich war ja schwarz wie Jim Knopf und hatte krauses Haar. Auch ich las diese Bücher und liebte die Geschichten. Gleichzeitig hasste ich sie.

Eine Aussage von Familienministerin Kristina Schröder hat mich wieder daran erinnert. In einem Interview mit der "Zeit" erklärte sie, sie lasse beim Vorlesen von Kinderbüchern wie "Pippi Langstrumpf" diskriminierende Begriffe wie "Negerkönig" weg, um "mein Kind davor zu bewahren, solche Ausdrücke zu übernehmen". Seitdem wird darüber diskutiert, in den Feuilletons, in den Verlagen, im Internet. In der Zwischenzeit kündigte der Thienemann Verlag an, er werde "Die kleine Hexe" modernisieren und das "Negerlein" entfernen. Endlich, denke ich.

Herrje, denken die Kritiker. Sie sind empört, sie sprechen von Zensur. Sie lassen sich in drei Typen unterteilen: die Aus-Prinzip-Neger-Sager. Die Problem-Leugner. Und diejenigen, die sich ernsthaft um die Literatur Gedanken machen.

Die Aus-Prinzip-Neger-Sager kenne ich, davon gibt es viele. Political Correctness empfinden sie als Bedrohung. Sie verklären die Sprache ihrer Kindheit. "Dann darf ich ja wohl nicht mal mehr Zigeunerschnitzel sagen", fürchten sie. Mein Lehrer in der zweiten Klasse war so einer. Er bestand darauf, mit uns "Zehn kleine Negerlein" zu singen, ein Kinderlied, in dem es darum geht, dass ein schwarzes Kind nach dem anderen auf lustige Weise ums Leben kommt. Eins fällt von der Scheune, eins wird totgeschossen, eins erfriert. Es saßen zwei schwarze Kinder in seiner Klasse, mein bester Freund und ich. Wir weigerten uns mitzumachen. Das Lied wird heute noch gesungen.

Die Problem-Leugner behaupten, heutzutage wisse doch jeder, dass man "Neger, Zigeuner, Polacke,

Schlitzauge", all diese schönen Begriffe aus dem Handbuch der Diskriminierung, nicht sage. Dagegen spricht, dass ich regelmäßig erwachsenen Menschen erklären muss, dass sie das Wort "Neger" nicht benutzen sollten, erst recht nicht in meiner Gegenwart.

Dann gibt es noch die, die sich um die Literatur sorgen, zu Recht. Denn es geht ja um die Frage, ob man das darf: ein Original verändern?

In meinen Augen muss man es dann, wenn es um Kinderbücher geht, die rassistische Klischees bedienen. Denn diese Bücher werden nicht nur vorgelesen, sondern von Kindern selbst gelesen, ohne dass ihnen jemand hilft, das Gelesene einzuordnen. Kinder tragen das, was sie aufsnappen, eins zu eins in die Klassenzimmer. Klassenzimmer, in denen heute Mitschüler sitzen, deren Eltern aus Ghana oder Pakistan kommen. Mittlerweile hat jedes fünfte Kind, das in Deutschland auf die Welt kommt, einen Migrationshintergrund.

Für mich war es wohl am schlimmsten, aufgrund meiner Hautfarbe ausgegrenzt, beschimpft zu werden. Es ging ja nicht nur um Sprache. Es waren die Neunziger, eine Zeit, in der Neonazis Asylbewerberheime anzündeten und Schwarze von rechten Schlägern durch die Straßen gejagt wurden. "Neger", das war für mich Nazi-Sprache.

Meine Mutter hat mir früh beigebracht, mich zu wehren. Meine besten Freunde waren afrodeutsche Kinder, Türken, Iraner. Wir gingen mit unseren Eltern auf antirassistische Demos, wir sangen "Zehn kleine Nazi-Schweine". Wir wurden zu Klugscheißern: "Das sagt man nicht", riefen wir unseren Beleidigern hinterher, "so etwas sagen Nazis."

Irgendwann schlug die Ausgrenzung bei mir in Stolz um. Ich stellte fest, dass es von Vorteil sein kann, nicht immer Teil der Masse zu sein. Für mich war die Welt größer als für andere. Ich kannte nicht nur die deutsche Kultur, ich kannte mehrere. Ich hatte einen Namen, den sich jeder merken konnte, und mein Aussehen fing an, mir zu gefallen.

Aber es gibt Kinder, denen das ständige "Neger"-Sein mehr weh tut als mir damals. Allein deshalb sollten die Verlage ihre Bücher überarbeiten, sollten Eltern nicht weiter behaupten: Ist doch alles gar nicht schlimm. Bei "Pippi Langstrumpf" hat der Oetinger Verlag schon vor einigen Jahren aus dem "Negerkönig" einen Südseekönig gemacht. Es hat dem Text nicht weh getan. In Michael Endes "Traumfresserchen" wurden die "Negerkinder" durch "Kinder auf der ganzen Welt" ersetzt. Bei Preußlers "Kleiner Hexe" geht es um eine Faschingsszene. Es spielt keine Rolle, ob das Kind als "Negerlein" oder als Koch verkleidet ist.

Eine Klassenkameradin auf dem Gymnasium schrieb mal in mein Freundebuch unter "Was ich nicht mag": "Spinat und Asylanten." Wer weiß, was die gelesen hatte.

Dialika Neufeld

System à la Merkel

Mehr als die Hälfte aller Spanier unter 25 Jahren findet keinen Job. Nun glaubt die Politik, die Lösung gefunden zu haben: ein Duales Ausbildungssystem – wie in Deutschland. Doch damit es ein Erfolg wird, müssen die Arbeitgeber in Spanien umdenken.

Von Mareike Zeck

Ein mitleidiges Lächeln. Das ist alles, was Francisco Clavijo bekommt, wenn er anderen erzählt, dass er eine Ausbildung macht. Denn in Spanien studiert man, oder man ist verloren. "Eine Ausbildung ist bei uns nicht gut angesehen", sagt der 19-Jährige. "Das ist hier einfach keine Option, um Karriere zu machen." Trotzdem hat er sich inmitten der Wirtschaftskrise bewusst gegen die Universität entschieden. Er lässt sich an der Deutschen Auslandsberufsschule in Madrid (Aset) zum Industriekaufmann ausbilden.

Die Spanier wissen nicht, dass Franciscos Ausbildung eine Duale Ausbildung ist. An der Schule lernt er einige Wochen im Jahr, den Großteil der Zeit verbringt er in einem Unternehmen. Für Francisco bringt das den entscheidenden Vorteil: Kontakt zu einem möglichen künftigen Arbeitgeber. Am Ende wird er mit dem Abschluss besser dastehen als seine studierten Freunde. Ausbildungsabsolventen finden, statistisch betrachtet, schneller einen Job als Akademiker oder Ungelernte. Und wer von der Aset kommt, dem bescheinigt Schulleiterin Susanne Gierth besonders gute Aussichten: "Ich kenne keinen, der hier bei uns an der Schule ausgebildet wurde und jetzt keinen Job hat", sagt sie.

Damit auch die spanischen Berufsschulen irgendwann einmal ähnliche Erfolgsquoten vorweisen können, beschloss die Regierung 2011, die Berufsausbildung zu reformieren – nach Vorbild des "System à la Merkel", wie es die Spanier nennen. Doch noch ist ihnen fremd, dass Unternehmen einen Teil der Ausbildung übernehmen sollen. Weder Eltern und Jugendliche noch die Gewerkschaften wissen, was sie davon halten sollen. Und auch die Unternehmer sind verunsichert. (...)

Die Frage nach dem Erfolg treibt auch die Politiker um. Denn sie müssen sich daran messen lassen. Eine von ihnen ist Carmen Álvarez-Arenas, die für die Regierungspartei Partido Popular im Arbeitsausschuss des Parlaments sitzt. "Die Duale Ausbildung ist unsere wichtigste Maßnahme gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit", sagt sie. Ihre Partei hat im Wahlkampf versprochen, das Land aus der Krise zu führen. Neben unpopulären Sparmaßnahmen ist die Reform des Arbeitsmarktes eines der Schlüsselprojekte. Erst vor wenigen Wochen stellte die Regierung dafür weitere 3,5 Milliarden Euro bereit – einen großen Teil davon für die Reform der Berufsausbildung.

Die Rechnung der Regierung ist einfach: Je mehr Jugendliche eine Duale Ausbildung machen, desto weniger tauchen in der Arbeitslosenstatistik auf. Und wenn der Plan ganz aufgeht, übernimmt der Arbeitgeber die Absolventen später. Deswegen will es die Regierung der Wirtschaft möglichst leicht machen. Ausbildende Unternehmen sollen die Sozialversicherungsbeiträge für die Jugendlichen zum großen Teil erlassen bekommen. "Aber ein Gehalt müssen die Arbeitgeber den Auszubildenden natürlich zahlen", sagt die Abgeordnete Álvarez-Arenas. Und das Gehalt darf den spanischen Mindestlohn nicht unterschreiten, darauf beharren

die Gewerkschaften.

Gewerkschaften und Unternehmen wollen eingebunden werden

An anderer Stelle sind sie noch unentschieden, wie sie die Reform finden sollen. "Die eigentliche Idee, die hinter dem Dualen System steckt, also Theorie und Praxis besser zu vereinen, ist natürlich gut", sagt Adrián Vivas, Ausbildungsbeauftragter der Gewerkschaft CSI-F. "Aber wir müssen aufpassen, dass die Schüler in den Unternehmen nicht ausgenutzt werden." Er fordert mehr Mitsprache für die Gewerkschaften, wenn Regierung und Unternehmer die weiteren Rahmenbedingungen für das neue Ausbildungssystem aushandeln. Auch Javier Calderón hält die duale Lösung an sich für eine gute Idee. Der Leiter der Abteilung Ausbildung des spanischen Unternehmerverbands CEOE gibt aber zu bedenken: "Das System sieht vor, dass jedes Unternehmen eigens einen Ausbilder abstellt. Aber das können sich viele im Moment nicht leisten." Er verlangt, dass kleine Unternehmen sich deswegen auch weiterhin aus der Ausbildung raushalten dürfen. (...)

Dass die Auszubildenden im Dualen System ein Gehalt bekommen, dürfte das Ansehen der Berufsausbildung im Lande verbessern. Bislang liegt der Anteil der Spanier, der eine Ausbildung abschließt, nur bei 15 Prozent. Vor allem weil sich im bisherigen System auch die Schul- und Studienabbrecher gegen eine Lehre entschieden. Sie wollten lieber schnell Geld verdienen. Doch die Jobchancen für ungelernte Arbeiter sind in Krisenzeiten schlecht. Ein festes Ausbildungsgehalt – und sei es noch so gering – könnte die Jugendlichen jetzt überzeugen.

Spanische Unternehmen fühlten sich bislang nicht zuständig

Trotz der steigenden Nachfrage wird die Duale Ausbildung aus Sicht von Fachleuten auf absehbare Zeit ein Experiment bleiben. Kaum einer rechnet damit, dass sich der Großteil der Unternehmen in naher Zukunft diesem System anschließen wird.

Bildungsforscher Vincente Hernández von der Päpstlichen Universität Comillas in Madrid sieht den Grund dafür im spanischen Bildungssystem. "Für die Ausbildung war in Spanien bislang der Staat zuständig. Er bestimmte das Angebot, er bestimmte die Bedingungen", sagt Hernández. Erst wenn es wirtschaftlich wieder aufwärts geht, würden die Unternehmer die Chancen des Dualen Systems nutzen.

Die Erfahrungen von Susanne Gierth bestätigen das. Auch nach 30 Jahren Dualer Ausbildung an der Aset in Madrid ist das Interesse der spanischen Wirtschaft gering. "Es dauert noch, bis sich die Unternehmen hier für die Ausbildung verantwortlich fühlen werden", sagt sie. "Aber es ist gut, dass das jetzt angegangen wird."

Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), 29. Mai 2013

(<http://www.europaundwir.eu/mit-der-dualen-ausbildung-gegen-die-arbeitslosigkeit/>)

Vor der Mausefalle

Von Markus Brauck

Ach", sagte die Maus, "die Welt wird enger mit jedem Tag. Zuerst war sie so breit, dass ich Angst hatte, ich lief weiter und war glücklich, dass ich endlich rechts und links in der Ferne Mauern sah, aber diese langen Mauern eilen so schnell aufeinander zu, dass ich schon im letzten Zimmer bin, und dort im Winkel steht die Falle, in die ich laufe." - "Du musst nur die Laufrichtung ändern", sagte die Katze und fraß sie.

Kann es sein, dass Franz Kafka das Internet im Sinn hatte, als er seine "kleine Fabel" schrieb? Oder genauer: die Konsumenten im Netz, die Nutzer von Facebook, Google, Instagram, Apple- und App-Store, von Spotify und Pinterest? All jene, die sich jetzt wieder ereifern, wie hemmungslos die Konzerne versuchen, die Daten ihrer Kunden zu vermarkten?

Sie ereilt nämlich derzeit das gleiche Schicksal wie die Maus in Kafkas Parabel. Mit einem Unterschied. Die Maus ist dabei, ihre Lage zu begreifen: Es gibt keinen Ausweg.

Die meisten Internetnutzer sehen zwar, wie die Mauern, die Google rechts und Facebook links errichten, allmählich die Räume enger machen. Doch dass am Ende tatsächlich nur die Wahl zwischen zwei Übeln bleibt, wollen die wenigsten wahrhaben. Entweder die Konsumenten bezahlen künftig für die Dienste, die sie nutzen - oder sie lassen sich und ihre persönlichen Daten immer weiter vermarkten.

In schöner Klarheit war das in den vergangenen Tagen zu besichtigen bei der Aufregung um den Fotodienst Instagram. Der hatte für Aufruhr gesorgt, weil er ankündigte, die Fotos seiner Nutzer selbst verwerten zu wollen. Für jeden, der dafür zahlen würde.

Nach einem Orkan der Empörung machte Instagram einen Rückzieher und behauptete, alles sei ein Missverständnis gewesen. Doch in Wahrheit ist selten derart unmissverständlich formuliert worden, worauf die Geschäftsmodelle, welche die Konsumenten angeblich

nichts kosten, abzielen. Die Nutzer sind nicht die Kunden. Die Nutzer sind die Ware, die es zu vermarkten gilt.

Die Vorstellung, dass irgendeine Firma mit persönlichen Daten ihrer Kunden handelt, ist einigermaßen abstrakt. Das Besondere bei Instagram ist: Dass einer private Fotos verschachert, macht im wahrsten Sinne des Wortes anschaulich, was Handel mit persönlichen Daten heißt.

Dass jede Dienstleistung einen Preis hat, ist eine Banalität. Dass man den Preis nicht immer sieht, ist schon weniger banal, aber auch außerhalb des Internets alltäglich. Bankkunden müssen sich mit dem Problem genauso herumschlagen wie Versicherungsnehmer. Der Kampf mit dem Kleingedruckten ist eine Erfahrung, die es schon länger gibt als Facebook und Co. - aber niemand geht davon aus, dass eine Bank ihm etwas Gutes tun will, nur weil das Girokonto nichts kostet. Oder dass ein Vertreter aus purer Menschenfreundlichkeit Versicherungen verkauft.

In den USA wurde in den vergangenen Tagen das Gerücht kolportiert, dass Facebook im kommenden Jahr auf die persönlichen Seiten seiner Nutzer Videoanzeigen platzieren wolle, die automatisch starten und sich nicht wegklicken lassen. Wieder ist die Erregung groß - Jahrzehnte nach der Erfindung der Unterbrecherwerbung im Fernsehen.

Das Problem der Maus ist, dass sie nur die Wahl zwischen Mausefalle und Katze hat. Es gibt keine dritte Möglichkeit. Der Konsument muss entscheiden, ob er zahlt oder ob er sich selbst zur Ware machen lässt. Das ist keine moralische Frage mehr, sondern eine der persönlichen Vorlieben und Werte.

Das Einzige, was tatsächlich fehlt, sind Bezahlmodelle für Facebook und Co., Abonnements oder dergleichen. Nicht, weil die moralisch besser wären. Man hätte nur ganz gern mal selbst die Wahl - zwischen Falle und Katze.

Die Internet-nutzer sind nicht die Kunden, sie sind die Ware, die es zu vermarkten gilt.

Was Europa braucht

Von Karl Doemens

Leipzig - Zur Rechten des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel nahm Kanzlerin Angela Merkel Platz, zur Linken der französische Präsident François Hollande. Der gratulierte ausgerechnet zu jener Leistung, die die SPD selber weniger mag: die Agenda 2010.

Am Ende, nach gut zwei Stunden mit Reden, Musik und modernen Tanzeinlagen, wirkt Franz Müntefering sehr zufrieden. „Angemessen. Starke Erinnerung. Aber auch lebendig, nach vorne gerichtet“, fasst der 73-Jährige gewohnt schnörkellos seine Eindrücke zusammen. Die SPD feiert an diesem Tag ihren 150-jährigen Geburtstag. Fast ein Drittel der Zeit ist der Sauerländer schon Parteimitglied. Er war ihr Vorsitzender und ihr Vize-Kanzler. Er kann es beurteilen.

Mit strahlendem Sonnenschein und blauem Himmel hat dieser Tag begonnen, und genauso heiter-beschwingt klingt er aus. Nicht oft konnte man in letzter Zeit die SPD in derart gelöster Stimmung erleben. Draußen vor dem Gewandhaus in Leipzig hat Parteichef Sigmar Gabriel Bundespräsident Joachim Gauck, den französischen Präsidenten François Hollande und Kanzlerin Angela Merkel begrüßt. Die Schlange der schwarzen Limousinen will gar nicht abreißen. Insgesamt zehn Staats- und Regierungschefs, Vertreter von 80 sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien sowie die Spitzen der im Bundestag vertretenen Parteien machen ihre Aufwartung.

Film über die Parteigeschichte

In Leipzig wurde am 23. Mai 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. Diesen Zusammenschluss sieht die SPD als ihre Geburtsstunde. So flattert drinnen im rot ausgeleuchteten Gewandhaus die Traditionsfahne der Arbeiterschaft auf der Leinwand. Das Leipziger Symphonieorchester spielt ein Medley der Liedmelodien von „Marseillaise“, „Die Gedanken sind frei“, „Wenn wir schreiten Seit an Seit“ und „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“. Ein Film erinnert an die wichtigsten Stationen der Parteigeschichte.

Schon im 19. Jahrhundert, würdigt Präsident Gauck, habe die SPD „weite Teile der Arbeiterschaft frühzeitig mit der Demokratie verbunden“. Ein halbes Jahrhundert später habe Otto Wels bei der Ablehnung des nationalsozialistischen Ermächtigungsgesetzes „die mutigste Rede gehalten, die je in einem deutschen Parlament gehalten wurde“. Aber Gauck bleibt nicht in der Historie stehen. Er spricht den Wandel an, dem die SPD immer unterworfen gewesen sei und verweist auf die modernen Protestbewegungen, die ein Frühwarnsystem für die Parteien seien: „Die neuen Beteiligungsformen sind eine wichtige Ergänzung, aber kein Ersatz für eine repräsentative Demokratie.“ In der ersten Reihe des Konzertsaals sitzen drei Kanzler der Bundesrepublik. Nur der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, trennt Angela Merkel von Gerhard Schröder und Helmut Schmidt. Man wüsste gerne, was wohl in Schmidts Kopf vorgeht, als die Breakdance-Truppe Flying Steps über die

Bühne wirbelt. Immerhin verkneift er sich zwei Stunden lang das Rauchen.

Der französische Präsident François Hollande stellt Demokratie, Fortschritt und Realismus als zentrale Werte der deutschen Sozialdemokratie heraus. Doch rasch kommt er auf die aktuelle Krise zu sprechen: „Europa braucht uns“, ruft er unter dem Beifall der 1600 Gäste in den Saal. Mit der gleichen Entschlossenheit, mit der die Verwerfungen auf den Finanzmärkten bekämpft worden seien, müsse nun europaweit die Arbeitslosigkeit bekämpft und die Schaffung von Jobs betrieben werden. Wieder gibt es starken Applaus. Nun würde man gerne von einem hinteren Rang aus das Gesicht von Angela Merkel sehen können.

SPD-Chef Gabriel hat ebenfalls ein paar unangenehme Botschaften für Kanzlerin Merkel parat. Stets habe sich die SPD für die Freiheit des Individuums eingesetzt: „Die größte Herausforderung heute besteht darin, Bedingungen zu schaffen, unter denen jeder Mensch die Chance auf ein gelungenes Leben hat. Davon sind wir weit entfernt.“ Gabriel beklagt die wachsende Zahl befristeter Arbeitsplätze, die Zunahme der Leiharbeit und die Gefahr der Altersarmut: „Den Primat der Politik durchzusetzen ist die richtige Antwort auf die Globalisierung“, sagt er.

Müntefering freut sich

Auch manchem Genossen kann dieser Festakt indes durchaus zu denken geben. Nur verschämt hat die Partei in ihrem filmischen Rückblick die Agenda 2010 erwähnt. Schon Bundespräsident Gauck fordert die SPD indirekt zu etwas mehr Stolz auf. Ausgerechnet der französische Präsident Hollande aber, der im eigenen Land wegen seiner linken Steuerreform schwer unter Druck steht, spendet diesem heiklen Kapitel der sozialdemokratischen Geschichte sein breitestes Lob. „Fortschritt besteht auch darin, dass man in schwierigen Phasen mutige Entscheidungen trifft, um Arbeitsplätze zu sichern“, sagt er. Das habe Ex-Kanzler Gerhard Schröder getan: „Es ermöglicht nun Ihrem Land, vor anderen Ländern die Nase vorn zu haben.“

Eine derart positive Beurteilung der Agenda 2010 hat man auf SPD-Parteitag schon länger nicht mehr gehört. „Da freut man sich“, gesteht Franz Müntefering später beim Herausgehen: „Ich habe jedenfalls geklatscht.“ Die Parteilinke Hilde Matthies bezieht sich wohl eher auf Hollandes Plädoyer für mehr Solidarität in Europa, als sie schwärmt, sie habe „SPD pur“ gehört.

Gefallen hat es an diesem Jubiläumstag jedenfalls allen.